

## Die SPD darf einen Erfolg verbuchen

Grundrente: „In der Union gibt es Widerstand“, FR-Politik vom 12. November

### Bei Vielen wird die Rente im Alter nicht reichen

Nach dem Beschluss der Grundrente feiert die SPD das Ergebnis als großen Erfolg. In der Bevölkerung gehen die Meinungen darüber auseinander, wie Umfragen zeigen.

Lange hatten Union und SPD um die Grundrente gerungen. Am vorigen Sonntag gelang den Koalitionspartnern schließlich der Durchbruch. Nun also sollen jene, die trotz 35 Beitragsjahren nur eine kleine Rente bekommen, einen Zuschlag erhalten. Das soll verhindern, dass diese Menschen in die Altersarmut geraten. Die SPD, von der die Initiative für die Grundrente ausging, feiert das Ergebnis als sozialpolitischen Meilenstein.

Dass die Grundrente nun kommt, darf vor allem die SPD als Erfolg verbuchen. Entsprechend groß ist der Zuspruch bei ihrer Anhängerschaft. Fast 73 Prozent nehmen das Ergebnis positiv auf – das ist mehr als bei jeder anderen Partei. Auch Anhänger der Union und der Grünen sind mehrheitlich zufrieden.

So zufrieden die Sozialdemokraten mit dem Kompromiss sind, so zwiespalten sind die Bundesbürger. Etwa gleich viele begrüßen die Einigung bei der Grundrente oder lehnen sie ab.

Auch in der Union rumorte es nach dem Wochenende. Die

Junge Union etwa lehnte den Grundrenten-Beschluss mit der Begründung ab, er belaste in unverhältnismäßiger Weise die junge Generation. Jedoch wird es nach meiner Meinung in der jungen Generation auch viele Menschen geben, bei denen die Rente im Alter nicht reicht. Oder es muss endlich daran gearbeitet werden, dass es nicht so viele Mini-Jobber, welche Hartz 4 beziehen, um leben zu können, und Menschen mit geringem Einkommen gibt. Das wäre der richtige Weg.

Die Spitzen der großen Koalition hatten sich am Sonntag auf die Einführung der Grundrente zum 1. Januar 2021 verständigt. Anspruch auf die Leistung sollen demnach jene haben, die trotz 35 Beitragsjahren Altersbezüge unterhalb der Grundsicherung bekommen. Geplant ist eine Einkommensprüfung durch einen automatischen Datenabgleich. Die Union hatte ursprünglich auf eine umfangreichere Bedürftigkeitsprüfung gepocht, die SPD lehnte das ab. Von der Leistung sollen etwa 1,5 Millionen Menschen profitieren.

Wilma Fischer, Eschborn

### Oft scheitern Anfragen in anderen Ländern

Dem Anspruch auf Gerechtigkeit kommt der Grundrentenkompromiss der großen Koalition nur sehr eingeschränkt nach. Wer länger als 35 Jahre gearbeitet

und dabei nicht in die Rentenversicherung einbezahlt (einzahlen konnte) hat, geht bekanntermaßen leer aus.

Bedürftigkeit sozialbürokratisch überprüfen ist trotz digitaler Kontrollmöglichkeiten aufwendig und kostet auch Zeit. Ein zusätzliches Manko besteht darin, Vermögen und Einnahmen außerhalb der Landesgrenzen zu erfassen. Dabei spielt die Qualität der Verwaltung von in Frage kommender Staaten eine entscheidende Rolle, ob die Auskunftsanliegen von deutscher Seite befriedigend zu beantworten sind. Fehlende Katasterämter beispielsweise, Verfahrensunterschiede bei der Steuerfestsetzung, bei Feststellungen von Unterhaltsansprüchen gegenüber Angehörigen, die außerhalb der Bundesrepublik leben, lassen sich äußerst mühevoll erheben. Oft scheitern Anfragen bei Behörden in anderen Ländern.

Das Gleichbehandlungsprinzip des Grundgesetzes kann die dahinterstehenden Ideen und Absichten im Hinblick auf Unterstützungsleistungen nicht einfordern, geschweige denn umsetzen. Es ist daher wohl ein „fragwürdiges Glück“ der Politik, dass wegen solchen Grundgesetzstimmigkeiten noch keine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingegangen ist.

Michael Fettig, Neu-Ulm

**Diskussion:** [frblog.de/grundrente-2](http://frblog.de/grundrente-2)

## Besonders schützenswert

Kindesmissbrauch: „Ein Kartell des Schweigens“, FR-Magazin vom 12.11.

### Dieser Frevel muss verfolgt werden

Gerade habe ich Ihren Artikel über die Missbrauchsfälle von Kindern und die sexuelle Belästigung von weiblichem Personal in dem Universitätsklinikum des Saarlandes gelesen. Die Vorfälle haben mir fast die Schuhe ausgezogen.

Auf der Internetseite des Klinikums ist eine wenig plausible und langatmige Information über die sogenannten Verdachtsfälle aus dem Jahre 2011 bis 2014 veröffentlicht worden. Wir schreiben heute das Jahr 2019. Auch dass die Landesaufsichtsgremien angeblich nicht informiert waren, ist nicht nachvollziehbar. Gerade Kinder, die in einer Abhängigkeitssituation sind, sind besonders schützenswert.

Wenn man Kinder, die (psychisch) erkrankt sind, in einer Klinik zusätzlich traumatisiert, ist das ein Frevel, und der muss strafrechtlich verfolgt werden. Wenn der pädophile Arzt verstorben ist, hat die Klinikleitung die Verantwortung für das Vergehen zu tragen. Dass ein kleines Mädchen, das vor einer HNO-Operation möglicherweise vergewaltigt wurde, und ihre Eltern daran gehindert wurden, Strafanzeige gegen die Klinik zu stellen, ist unvorstellbar.

Der Mantel des Schweigens über den Kindesmissbrauch wurde wegen eines befürchteten Imageschaden für das Klinikum

gelegt, damit wird genau das Gegenteil erreicht. Hier muss vorbehaltlos aufgeklärt werden, und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch müssen die Opfer als Opfer gesehen werden. Da ist der parlamentarische Untersuchungsausschuss der erste Schritt.

Entsprechend muss ein so verwerfliches, menschenverachtendes Verhalten mit erfolgversprechenden Maßnahmen in Zukunft verhindert werden. Gerade eine Lehrinstitution wie ein Universitätsklinikum muss vorbildhaft sein.

Helga Weigand, Ulrichstein

### Unerträgliches und unfassbares Verhalten

Ganz herzlichen Dank für diesen Bericht. Ich hoffe, es liest ihn jeder in der BRD! Wie unerträglich dies für die Eltern ist, wie unfassbar das Verhalten des Staatsanwaltes und der Klinik ist, darf nicht ohne strafrechtliche Folgen bleiben, es ist unfassbar! Ich habe kaum Worte, um mein Entsetzen und mein Mitgefühl mit den Opfern auszudrücken. Es ist so furchtbar, dass die Kinder und die Eltern den Handelnden so gleichgültig waren, es ist menschenverachtend.

Gyanda Jung, Köln

**Alle Leserbriefe** dieses Leserforums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht. Der Link ist [frblog.de/lf-20191118](http://frblog.de/lf-20191118)

# HP\_0LES02FRDA - B\_180334

